

Personalfragebogen

für geringfügig beschäftigte Mitarbeiter (Minijob/450 Euro Basis)
und für kurzfristig beschäftigte Mitarbeiter (bis 70 Arbeitstage - Schüler+Studenten)

Arbeitgeber:

**Samantha Orlandini
Murphy's Law Irish Pup
Obere Regenstraße 16
93413 Cham**

Arbeitnehmer:

1. Persönliche Angaben

Familienname	_____
Vorname	_____
Straße und Hausnummer	_____
PLZ und Ort	_____
Geburtsdatum	_____
Geburtsort	_____
Staatsangehörigkeit	_____
Geschlecht	_____
Familienstand	_____
Schwerbehinderung	_____
Bankverbindung (IBAN) oder Barzahlung	_____

2. Beschäftigung

Eintrittsdatum	_____
Arbeitsort	<u>Murphy's Law, Obere Regenstraße 16, Cham</u>
Ausgeübte Tätigkeit	_____
Erste Tätigkeitsstätte	_____
Probezeit	<u>6 Monate</u>
Haupt-oder Nebenbeschäftigung	_____
Höchster Schulabschluss	_____
Höchste Berufsausbildung	_____
Wöchentliche Arbeitszeit	_____

wöchentl. Verteilung der Arbeitszeit

Urlaubsanspruch jährl.

Kündigungsfrist

24 Tage bei 6 Tage Woche/bei Teilzeit anteilig

2 Wochen während der Probezeit; anschließend

4 Wochen ohne festes Ende

3. Befristung

Befristung von

Befristung bis

4. Status bei Beginn der Beschäftigung

Arbeitnehmer/in

☐

Beamte/r

☐

Elternzeit

☐

Arbeitsloe/r

☐

Rentner/in

☐

Hausfrau/Hausmann

☐

Schüler/in

☐

Schulentlassene/r

☐

Student/in

☐

Sonstiges

☐

5. Entlohnung

Bezeichnung

Betrag

Gültig ab

Auszahlungszeitpunkt

6. Steuer

Identifikationsnummer

Steuerklasse/Faktor

Kinderfreibetrag

Konfession

Pauschalierung

1) _____

7. Sozialversicherung

Krankenversicherung

gesetzlich

privat

Name der Krankenkasse

Versicherungsnummer

Antrag Befreiung RV-Pflicht

2)

ja

nein

8. Angaben zu weiteren Beschäftigungen

Weitere Beschäftigung vorhanden

ja

nein

Umfang der Beschäftigung

Vollzeit

Teilzeit

wöchentliche Arbeitszeit

Arbeitgeber

9. Weihnachts- und/oder Urlaubsgeld

Ein Anspruch auf ein Weihnachts- und/oder Urlaubsgeld besteht nicht. Wird ein Weihnachts- und/oder Urlaubsgeld gewährt, stellt es eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers ohne jeglichen Bindungswillen für die Zukunft dar. Die wiederholte freiwillige Zahlung begründet keinen Anspruch auf Leistungsgewährung für die Zukunft

10. Arbeitsverhinderung

Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankung hat der Arbeitnehmer spätestens am dritten Tag der Erkrankung eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, aus der sich die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer ergeben. Darüber hinaus hat der Arbeitnehmer den Arbeitgeber über die unaufschiebbaren Angelegenheiten seines Aufgabenbereiches zu informieren.

11. Verschwiegenheit

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich über alle betrieblichen und privaten Angelegenheiten, die ihm bei seiner Tätigkeit beim Arbeitgeber bekannt geworden sind auch nach seinem Ausscheiden Stillschweigen zu bewahren.

12. Nebentätigkeit

Es ist jede Nebentätigkeit untersagt, die die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers oder die Interessen des Arbeitgebers beeinträchtigt. Vor jeder Aufnahme einer Nebentätigkeit ist die Zustimmung des Arbeitgebers einzuholen.

13. Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich umgehend nach Erhalt der Kündigung bei der Agentur für Arbeit arbeitslos zu melden. Bei einem befristeten Arbeitsverhältnis muss die Meldung drei Monate vor Befristungsende erfolgen.

Ich widerspreche der elektronischen Übermittlung von Arbeits- und Nebeneinkommensbescheinigungen an die Bundesagentur für Arbeit (Bea). Wenn ja bitte ankreuzen ☐

14. Ausschlussklausel

Alle wechselseitigen Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, mit Ausnahme von Ansprüchen, die aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie aus vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzungen resultieren, verfallen, wenn sie nicht innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten in Textform (§ 126b BGB) bei dem jeweils anderen Vertragspartner geltend gemacht werden.

Die Ausschlussfrist beginnt, sobald der Anspruch entstanden ist und die Gegenseite von den anspruchsbegründenden Umständen Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit Kenntnis erlangt haben müsste.

Werden die nach Nr. 1 rechtzeitig geltend gemachten Ansprüche von der Gegenseite abgelehnt oder erklärt sich die Gegenseite nicht innerhalb von einem Monat nach der Geltendmachung, so verfallen diese Ansprüche, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten nach der Ablehnung oder dem Fristablauf gerichtlich anhängig gemacht werden.

15. Schlussbestimmungen

Soweit keine besonderen Vereinbarungen getroffen worden sind, gelten die hierfür bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

Erklärung des Arbeitnehmers: Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben der Wahrheit entsprechen. Ich verpflichte mich, meinem Arbeitgeber alle Änderungen, insbesondere in Bezug auf weitere Beschäftigungen (in Bezug auf Art, Dauer und Entgelt) unverzüglich mitzuteilen.

Datum _____

Datum _____

Unterschrift Arbeitnehmer _____

Unterschrift Arbeitgeber _____

Anmerkungen:

1) Der Arbeitslohn aus der geringfügigen Beschäftigung beträgt nicht mehr als 450,00 Euro monatlich und die Lohnsteuer wird durch den Arbeitgeber mit der einheitlichen Pauschsteuer von 2% abgeführt. Das heißt, der Arbeitgeber übernimmt neben den pauschalen Beiträgen zur Sozialversicherung auch die einheitliche Pauschsteuer.

2) Geringfüg Beschäftigte müssen angeben, ob sie von der Rentenversicherungspflicht befreit werden wollen. Siehe gesonderter Antrag.